

Pressemitteilung

28. Mai 2019

Neue Bürgerinitiative im Ringgau ruft zu Einwendungen auf „Hähnchen-Mastanlage ist nicht zeitgemäß“

Ringgau/Kassel. Ein Landwirt, der in Ringgau-Grandenborn bereits eine Hähnchenmastanlage für fast 40.000 Tiere betreibt, will seinen Betrieb erweitern und die Kapazität fast verdoppeln. 74.000 Tiere sollen dann im üblichen Schnellverfahren gemästet werden. Dagegen protestiert nun eine neu gegründete „Bürgerinitiative Ringgau gegen Tierfabriken“.

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich um eine konventionelle Mastanlage. Das hat auch die „Aktionsgemeinschaft Agrarwende Nordhessen“ (AGA) auf den Plan gerufen, einer Dachorganisation verschiedener nordhessischer Bürgerinitiativen und regionaler Gruppen großer Verbände wie Greenpeace, NABU, BUND, AbL und anderen mit dem Ziel, ein Netzwerk zu bilden.

Die Bürgerinitiative Ringgau gegen Tierfabriken weist vor allem auf die unmittelbaren Folgen für die Region und den Ortsteil Grandenborn hin. Durch die sogenannte Intensivtierhaltung würde u.a. eine große Menge an Geflügelkot anfallen, der auf die Äcker ausgebracht werde – sei es direkt oder als Substrat aus Biogas-Anlagen. Deutschlandweit sei u.a. der Nitratgehalt im Trinkwasser ein zunehmendes und sehr ernstes Problem. Auch das Klima werde durch diese Massentierhaltung geschädigt.

Entscheidend sei allerdings die nicht artgerechte Tierhaltung. Auch wenn es sicherlich kurzfristige Abnahmeverträge gäbe mit einem Fleischkonzern, sei dies keine zukunftssichere Investition. Ähnlich wie bei der Klimaproblematik und dem Artensterben seien immer mehr Menschen über Tierleid und Folgen sowie Ursachen der Intensivtierhaltung informiert und würden diese „Tierfabriken“ ablehnen.

Dies betont auch Andreas Grede, Sprecher für den AGA-Vorstand, der die BI in der Gründungsphase aktiv unterstützt. Schon das Genehmigungsverfahren für Mastanlagen sei immer

wieder ein Ärgernis. Meist würde die Bevölkerung über die Pläne viel zu spät erfahren. Dabei sei die „öffentliche Beteiligung“ vom Gesetzgeber durchaus erwünscht. Aus Erfahrung wisse die Aktionsgemeinschaft, ergänzt Vorstandsmitglied Michael Heder, dass sich schon im Antrag häufig fehlerhafte Berechnungen finden. Tatsächlich unterliegt der Bau einer Mastanlage u.a. dem Bundesimmissionsschutz-Gesetz, weshalb bestimmte Auflagen zu erfüllen sind. Die AGA versucht mittlerweile, die Anträge, die meist mehrere hundert Seiten umfassen, kritisch zu prüfen und unterstützt Bürgerinitiativen und Einzelpersonen u.a. beim öffentlichen Erörterungstermin beim Regierungspräsidium.

Grundsätzlich sind schriftliche Einwendungen eines jeden Bürgers ohne großen Aufwand möglich. Sie sind an das Regierungspräsidium Kassel (hier Sitz Bad Hersfeld) bis zum 24. Juni 2019 zu richten. Um nochmal den Sachstand bekannt zu machen und auch zu ermuntern, gegen dieses „nicht zeitgemäße“ Projekt zu protestieren, hat die Bürgerinitiative Ringgau in Zusammenarbeit mit der AGA eine vierseitige Infobroschüre entwickelt sowie eine Anleitung für das einfache Verfassen einer Einwendung, die auf Wunsch im Verfahren sogar anonymisiert wird. In den nächsten Tagen wird deshalb in den Ringgauer Briefkästen ein großer Umschlag zu finden sein mit den entsprechenden Infos.

Auch eine Internetseite, die eine Vielzahl Argumente gegen die geplante Anlage sowie Musterschreiben zum Herunterladen bietet, wurde eingerichtet. Unter www.bi-ringgau.de finden sich auch Links zu weiterführenden Informationen und Kontaktmöglichkeiten für Menschen, die sich in der Bürgerinitiative engagieren wollen.

[Diese Pressemitteilung enthält 3.519 Zeichen.](#)

Hintergrund:

Zahlreiche Fotos zur freien Veröffentlichung im Rahmen Ihrer redaktionellen Berichterstattung finden Sie unter <https://bi-ringgau.de/presse/>

Die Web-Seite geht am 31.6.2019 online. Da in der „Frühphase“ des Protests aufgrund der kleinen, dörflichen Strukturen Bedenken wegen persönlicher Anfeindungen bestanden, wird die Internetpräsenz vorerst von der AGA-Nordhessen betrieben.